

Zwiesgespräch zwischen Konrad Adenauer und Ernst Friedländer (5. März 1952)

Legende: Am 5. März 1952 äußert sich Bundeskanzler Konrad Adenauer während einer Rundfunksendung über die mögliche Eingliederung der deutschen Truppen in eine europäische Armee und verteidigt die Europapolitik der Bundesrepublik Deutschland.

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 06.03.1952, Nr. 27. Bonn: Deutscher Bundesverlag. "Der Wehrbeitrag ein Friedensbeitrag", p. 261-263.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL: http://www.cvce.eu/obj/zwiesgesprach_zwischen_konrad_adenauer_und_ernst_friedlander_5_marz_1952-de-4ac8c43a-20ea-4202-a4cb-0a7cc16bc27c.html

Publication date: 18/12/2013

Zwiesgespräch zwischen Konrad Adenauer und Ernst Friedländer (5. März 1952)

Friedländer:

Seit den beiden Wehrdebatten in Bonn und Paris scheint es zwischen Frankreich und Deutschland nicht zum Besten zu stehen. Die deutsche Saarnote ist auch nicht gerade ein Zeichen dafür, daß hier ein Ausgleich schon in Sicht sei, und die neue französische Regierungskrise läßt viele Beobachter an der Möglichkeit einer politischen Stabilität in Frankreich zweifeln. Sehen Sie, Herr Bundeskanzler, in dieser letzten Entwicklung einen ernsten Rückschlag für Ihre Politik?

Dr. Adenauer:

Ich glaube nicht an ernste Rückschläge, Herr Friedländer, und das liegt nicht allein an dem mir immer wieder vorgeworfenen Optimismus. Es war mir seit 1945 klar, daß eine Politik der deutsch-französischen Verständigung mit erheblichen Schwierigkeiten zu rechnen hat. Ich kann also nicht enttäuscht sein, wenn diese Schwierigkeiten wieder einmal sichtbar werden. Die psychologischen Hemmungen lassen sich eben nicht von heute auf morgen überwinden. Gerade das hat die Debatte über den Verteidigungsvertrag im französischen Parlament gezeigt. Aber es gibt politische Notwendigkeiten, die so zwingend sind, daß sie sich auf lange Sicht durchsetzen müssen. Mein sogenannter Optimismus ist nichts anderes als das Vertrauen in die Kraft dieser Notwendigkeiten. Die Schwankungen der Tagespolitik können hieran nichts Wesentliches ändern.

Friedländer:

Wenn Sie von Notwendigkeiten sprechen, so meinen Sie fraglos den Zusammenschluß Europas?

Dr. Adenauer:

Genau das. Die deutsch-französische Verständigung ist nur ein Teilproblem, allerdings ein Kernproblem der europäischen Vereinigung.

Friedländer:

Nun ist aber in letzter Zeit so viel von deutschen Soldaten gesprochen worden, daß es manchmal so aussieht, als sei unser Verteidigungsbeitrag das Haupt- und Kernproblem?

Dr. Adenauer:

Das wäre ein großer Irrtum, Herr Friedländer. Europa selbst ist die Hauptsache. Ein geeinigtes Europa wäre auch dann ein zwingendes Erfordernis, wenn es überhaupt keine sowjetische Gefahr gäbe. Die europäischen Nationalstaaten haben nur noch eine Vergangenheit, aber keine Zukunft. Das gilt im politischen und wirtschaftlichen, vor allem aber im sozialen Bereich. Kein einzelner europäischer Staat kann aus eigener Kraft seiner Bevölkerung den Lebensstandard sichern, auf den sie einen berechtigten Anspruch hat. Die Verteidigungsfrage wäre normalerweise am Ende aufgetaucht und nicht am Anfang. Jetzt hat sie sich leider in den Vordergrund geschoben; ich sage ausdrücklich „leider“, denn ich bin der Letzte, der gewohnt wäre, vom Militärischen her zu denken. Der Zwang zu einer Rüstung wider Willen hat sich für den ganzen Westen durch die sowjetische Bedrohung ergeben.

Friedländer:

Wenn also diese Rüstung nichts anderes als ein notwendiges Übel wäre, so liegt es nahe, sie nur noch europäisch nutzbar zu machen. Die fortschrittlichen Europäer, die in der internationalen Europäischen Bewegung zusammengeschlossen sind, halten jedenfalls einmütig eine europäische Armee für die einzige Möglichkeit, um auch an diesem Punkt den Nationalismus zu überwinden?

Dr. Adenauer:

Das ist ja der Sinn einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft, daß es keine nationalen Armeen mehr geben soll.

Friedländer:

Aber sind wir nun nicht mit der politischen Einigung in Rückstand geraten? Wie soll eine europäische Armee ihren Zweck erfüllen, wenn es keine einheitliche politische Autorität gibt, von der sie ihre Weisungen empfängt?

Dr. Adenauer:

Sowohl der Schumanplan wie die europäische Verteidigungsgemeinschaft waren immer nur als Vorstufe eines politischen Zusammenschlusses, also eines europäischen Bundesstaates, gedacht. In dem Vertrag der Verteidigungsgemeinschaft ist ausdrücklich vorgesehen, daß deren kontrollierende Instanz, die sogenannte Parlamentarische Versammlung, zugleich den Auftrag haben soll, eine europäische Verfassung vorzubereiten. Das ist übrigens die gleiche Versammlung - nur mit einer Anzahl von Mitgliedern erweitert -, die auch in der Montanunion die parlamentarische Kontrollfunktion ausübt.

Friedländer:

Diese parlamentarische Instanz hat dann aber viele Aufgaben und kann nur einen Teil ihrer Zeit für die Verfassungsarbeit verwenden; und es kommt hinzu, daß ja der Schumanplan in Kraft getreten und die Verteidigungsgemeinschaft durch die nationalen Parlamente ratifiziert sein muß, bevor überhaupt mit der Arbeit an einer Verfassung begonnen werden kann. Bis dahin wird noch eine ganze Reihe von Monaten vergehen, und für die vordringlichen politischen Aufgaben wären diese Monate verloren. Läge es da nicht nahe, eine verfassunggebende Versammlung schon vorher einzuberufen, ganz unabhängig von dem Plan einer Verteidigungsgemeinschaft?

Dr. Adenauer:

Ich glaube allerdings, daß eine europäische Verfassung so schnell wie möglich geschaffen werden müßte und daß auf diesem Wege viel Zeit gewonnen werden könnte, und mehr als nur Zeit. Im französischen Parlament wäre aller Voraussicht nach die jetzt noch geringe Bereitschaft zur Ratifizierung des Verteidigungsvertrags wesentlich größer, wenn am Tage der Abstimmung die Arbeit an einer europäischen Verfassung, an der Begründung einer politischen Autorität, bereits im Gange wäre.

Friedländer:

Es sprechen manche Anzeichen dafür, daß auch in den Beneluxstaaten, vor allem in Belgien, gewisse Hemmungen überwunden werden könnten, wenn dieser Sprung nach vorwärts getan würde. Die internationale europäische Bewegung, deren Präsident Paul Henry Spaak ist, hat eine solche Initiative für die Einberufung einer europäischen Konstituante dringend gefordert.

Dr. Adenauer:

Diese Initiative könnte kaum von der Bundesrepublik kommen. Es ist ja meistens so, daß deutsche Anregungen am ehesten mißverstanden werden. Ich wünsche nicht den Eindruck zu erwecken, als stände ich nicht zu den Verträgen, soweit über ihren Inhalt schon Klarheit besteht. Aber wenn von einem oder mehreren der anderen Vertragspartner eine solche Initiative ergriffen würde, so wäre die Bundesregierung ohne weiteres bereit, sich ihr anzuschließen. Der Gedanke, die vorhandene Zeit politisch zu nutzen, ist jedenfalls klar und folgerichtig.

Friedländer:

Es wäre durchaus möglich, daß sich die Straßburger Delegierten und ihre Stellvertreter als verfassunggebende Versammlung der sechs vertragsschließenden Staaten zusammenfänden. Natürlich stände der Beitritt jedem anderen europäischen Staat ebenso offen. Das wäre der schnellste Weg zu einem europäischen Grundgesetz. Daneben gäbe es die Möglichkeit, daß die nationalen Parlamente der sechs Staaten die Teilnehmer an einer Konstituante bestimmen.

Dr. Adenauer:

Zumindest könnten die Straßburger Delegierten einen Vorentwurf für die parlamentarische Versammlung der Verteidigungsgemeinschaft ausarbeiten. Im übrigen hat ja der Bundestag schon vor der letzten Straßburger Tagung die deutsche Delegation bevollmächtigt, mit anderen Straßburger Delegationen an die verfassunggebende Arbeit heranzugehen. Es ist nur bisher nichts daraus geworden.

Friedländer:

Seit der letzten Straßburger Tagung hat sich viel geändert. Das Mißtrauen gegen deutsche Divisionen ist allgemein so groß, daß der Wunsch wächst, im politischen Felde europäische vollendete Tatsachen zu schaffen, bevor diese Divisionen wirklich aufgestellt sind.

Dr. Adenauer:

Dann wäre ja die europäische Verteidigungsgemeinschaft schneller als geplant zum Schrittmacher Europas geworden. In dieser Frage ließe sich beinahe von einem fruchtbaren Mißtrauen sprechen. Es gibt tatsächlich politische Gelegenheiten, wo man mit Teilmaßnahmen stecken zu bleiben droht und dann nur den Mut zum Ganzen haben muß, um doch weiterzukommen. Mut und Angst wohnen zuweilen nahe beieinander.

Friedländer:

Dann kommt es gerade zu einer Flucht nach vorn?

Dr. Adenauer:

Jedenfalls wäre es segensreich, wenn der europäischen Phantasie andere Bilder geboten würden als immer nur die deutschen Divisionen. Sie sind schon fast zu einer Zwangsvorstellung geworden im übrigen Europa und bei uns selbst. Dadurch verschieben sich alle Maßstäbe. In Wahrheit liegt es doch so, daß Deutschland entweder in Europa aufgehen oder ohne Europa untergehen muß. Das Militärische ist dabei nur ein Teilproblem. Es bedeutet: Wenn wir die ganze Partnerschaft wollen, so können wir nicht vor der Verteidigung haltmachen! Wer Rechte haben will, muß auch die Pflichten übernehmen. Ich sage das mit allem Ernst und im Bewußtsein meiner Verantwortung. Ich sage es als Bundeskanzler und nicht etwa als Parteiführer. Dies ist keine Sache der Parteipolitik, sondern eine staatspolitische Notwendigkeit. Es ist vor allen Dingen eine Sache des Friedens und nicht etwa des Krieges. Man täte gut, diesen ganzen sogenannten Wehrbeitrag als Friedensbeitrag zu bezeichnen. Das gilt für die gesamte Außenpolitik der Bundesregierung. Es ist ein Beitrag zur Bewahrung und Festigung des europäischen Friedens und zur Begründung der europäischen Einheit.

Friedländer:

Sie wissen, Herr Bundeskanzler, wie stark noch immer die Bedenken im deutschen Volke sind. Sie wissen, wie sehr hier böse Erinnerungen mitspielen. Deutschland ist im guten Sinne anti-militaristisch geworden. Die junge Demokratie fürchtet um ihren Bestand. Sie zählt nicht wenige ehrliche Pazifisten unter ihren Bürgern. Viel andere leben in Angst, daß eine einseitige Bindung an den Westen den Frieden und die deutsche Einheit gefährden müßte. Wieder andere haben Sorge, daß im Zeichen der Rüstung die soziale Gerechtigkeit vernachlässigt werden könnte, ganz zu schweigen von all denen, die sich jeder Verantwortung

mit einem einfachen „Ohne mich“ entziehen wollen. Aber die Menschen mit den echten Sorgen, mit den echten Nöten des Gewissens glauben, bisher zu kurz gekommen zu sein, auch in der großen Bundestagsdebatte. Was können Sie diesen Menschen sagen?

Dr. Adenauer:

Herr Friedländer! Ich kann ehrliche Sorge verstehen, so wie ich auch die aufrichtigen Befürchtungen würdige, die bei unseren Nachbarn unseretwegen noch immer vorhanden sind. Das einzige, wofür ich kein Verständnis aufbringe, ist ein verantwortungsloses, ein letzten Endes nihilistisches „Ohne-Mich“. Ich weiß sehr wohl, daß es für die deutschen Politiker überhaupt keine einfachen und leichten Entschlüsse gibt, und keiner der Entschlüsse, für die ich die Verantwortung mittrage, ist leichtfertig gefaßt worden. Keiner ist nur in der Welt des kalten Rechnens zustande gekommen. Ich habe nie vergessen, daß es sich um das Schicksal von vielen Millionen Menschen handelt, einschließlich der Millionen der Sowjetzone. Aber ein verantwortlicher Politiker, ein Staatsmann, kann eins ganz gewiß nicht, er kann nicht einfach in das Nichthandeln ausweichen, nur, weil es keine Möglichkeit des Handelns ohne Schattenseiten gibt; dann nämlich handeln andere über diesen Politiker und sein Land hinweg, und dann kommt dieses Land bestimmt ins Hintertreffen. Nach zwölf Jahren Nationalsozialismus gab es nun einmal für Deutschland keine vollkommenen Lösungen; für ein geteiltes Deutschland ganz gewiß nicht. Es gab sehr oft nur die Politik des kleineren Übels. Aber seit 1945 wäre eine Politik sicher das größere Übel gewesen, ein deutscher Isolationismus. Es ist seltsam, daß so viele der ehrlich Besorgten in der Bundesrepublik sich letzten Endes in einen solchen Isolationismus retten wollen.

Friedländer:

Dieses Wort kennt man eigentlich nur aus der amerikanischen Politik. Dort bedeutet es die immer wieder aufkommende Neigung, sich aus allen Welthändeln herauszuhalten, vor allem aus Europa und nur die engsten Interessen des eigenen Landes zu verteidigen. Dieser amerikanische Isolationismus ist bestimmt in den letzten Jahren kein Bestandteil der offiziellen Politik der USA gewesen. Was wäre das entsprechende in Deutschland?

Dr. Adenauer:

Genau dasselbe, nur mit einem Unterschied: Bei uns fehlen sogar die scheinbaren Voraussetzungen dieser amerikanischen Politik, die unvergleichliche Stärke der USA und ihre fast unangreifbare geographische Lage. Wir sind ein schwaches und überaus exponiertes Land. Wir können aus eigener Kraft gar nichts vollbringen. Wir können nicht zwischen Ost und West ein Niemandsland sein; dann hätten wir nirgends Freunde und jedenfalls im Osten einen gefährlichen Nachbarn. Es tut nichts zur Sache, ob man das Neutralität nennt oder nicht. Jede Weigerung der Bundesrepublik, mit dem Westen, mit Europa gemeinsame Sache zu machen, wäre bereits ein deutscher Isolationismus, wäre bereits eine gefährliche Flucht in das Nichthandeln.

Friedländer:

Und ist es nicht so, daß ein solcher deutscher Isolationismus das sicherste Mittel wäre, um seinen großen Bruder, den amerikanischen Isolationismus, zu neuem Leben zu erwecken? Können wir denn auf die Dauer damit rechnen, daß Amerika uns schützt, wenn wir selbst untätig bleiben? Kann Europa auf diesen Schutz rechnen, wenn es unentschlossen und uneinig ist?

Dr. Adenauer:

Ganz gewiß nicht. Es ist eine der beliebten politischen Illusionen, daß Amerika auf alle Fälle in Europa oder gar an der Elbe gebunden wäre. Die amerikanische Geduld hat ihre Grenzen. Hier gilt ein „Hilf Dir selbst, so hilft die USA“.

Friedländer:

Nun hört man bei uns immer wieder die Auffassung, es sei nur entweder eine Politik für Europa möglich oder aber eine Politik für die deutsche Einheit; das eine schließe das andere aus, und da läge uns die deutsche Einheit nun einmal näher?

Dr. Adenauer:

Dieses Entweder - Oder ist ein ganz verhängnisvoller Irrtum. Es hat noch niemand zeigen können, wie ohne ein starkes und einigtes Europa die deutsche Einheit in Freiheit zu verwirklichen wäre. Wenn ich „In Freiheit“ sage, so meine ich die Freiheit vor, während und vor allem auch nach gesamtdeutschen Wahlen. Ich ließe mir von niemandem sagen, mir liege weniger an der deutschen Einheit als anderen. Was dafür geschehen kann, geschieht. Aber nur mit Wünschen läßt sich keine Politik machen. Aus der Schwäche heraus läßt sich erst recht keine Politik machen. Erst wenn der Westen stark ist, ergibt sich ein wirklicher Ausgangspunkt für friedliche Verhandlungen mit dem Ziel, nicht nur die Sowjetzone, sondern das ganze versklavte Europa östlich des Eisernen Vorhangs zu befreien, in Frieden zu befreien. Der Weg in die europäische Gemeinschaft ist zugleich der beste Dienst, den wir den Deutschen in der Sowjetzone erweisen können.

Friedländer:

Gibt es Ihrer Meinung nach überhaupt eine echte Alternative zu Ihrer Europapolitik?

Dr. Adenauer:

Nein, Herr Friedländer, es gibt sie nicht. Es ist ja bezeichnend, daß die Nein-Sager, die politischen und die nichtpolitischen, nicht zu erklären vermögen, wie man es ganz anders und besser machen sollte und ganz anders und besser machen könnte. Ich meine damit nicht, daß bei den Verhandlungen vor allem mit den Besatzungsmächten schon das Allerletzte erreicht sei. Da gibt es noch Schwierigkeiten mit der Gleichberechtigung, obwohl die Lage nach London und Lissabon fraglos gebessert ist. Aber wenn man mich nicht fragt: „Läßt sich Ihre jetzige Politik vielleicht etwas verbessern?“, sondern, wenn man fragt: „Läßt sich eine überhaupt ganz andere Politik machen?“, so ist meine Antwort ein klares Nein. Die Politik der Bundesregierung zielt auf die Vereinigten Staaten von Europa. Nur innerhalb dieser Politik hat der deutsche Beitrag zur Verteidigung seinen Sinn und seinen Platz.

Friedländer:

Und was haben Sie insbesondere den Pazifisten zu sagen, den sozial Besorgten, den Gegnern des Militarismus?

Dr. Adenauer:

Ich sage den unentwegten Anhängern eines absoluten Pazifismus, daß ich ihre persönliche Weltanschauung achte, daß ihnen das verfassungsmäßige Recht auf Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe nicht gesetzlich beschnitten werden soll, daß aber der Pazifismus in einer Welt der Gewalt und der Drohungen als offizielle Politik Selbstmord wäre und kein Dienst am Frieden. Ich sage den um die soziale Gerechtigkeit Besorgten, daß ihre Sorgen auch meine sind, daß aber das soziale Problem für Deutschland überhaupt nur im europäischen Rahmen gelöst werden kann. Ich sage den Gegnern des Militarismus, daß ich einer der ihnen bin, aber es steht nirgends geschrieben, daß ein deutscher Beitrag zur europäischen Verteidigung militaristisch sein müsse. Dieser Beitrag kann und wird demokratisch sein. Das sage ich vor allem den jungen Deutschen. Wir werden nichts überstürzen. Wir werden im Rahmen der gegebenen Möglichkeit mit aller Vorsicht und Sorgfalt und mit aller Liebe zur Freiheit zu Werke gehen. Es wird noch geraume Zeit verstreichen bis zu den ersten Einberufungen, auch noch nach der parlamentarischen Entscheidung. Zu irgendwelcher Wehrhysterie besteht nicht der geringste Anlaß.

Friedländer:

Ich weiß, daß Sie das Pathos nicht lieben. Aber darf man etwas pathetisch sagen, daß Sie mit dieser Europapolitik stehen und fallen?

Dr. Adenauer:

Man darf es sagen. Hinter dieser Politik steht eine echte Überzeugung, die nichts mit Parteiinteressen zu tun hat. Es ist die Überzeugung eines Mannes, der in einem langen Leben gelernt hat, als Deutscher Europäer zu sein. Ich habe das Vertrauen, daß das deutsche Volk, wenn es das Für und Wider gewissenhaft wägt, mir recht geben wird.